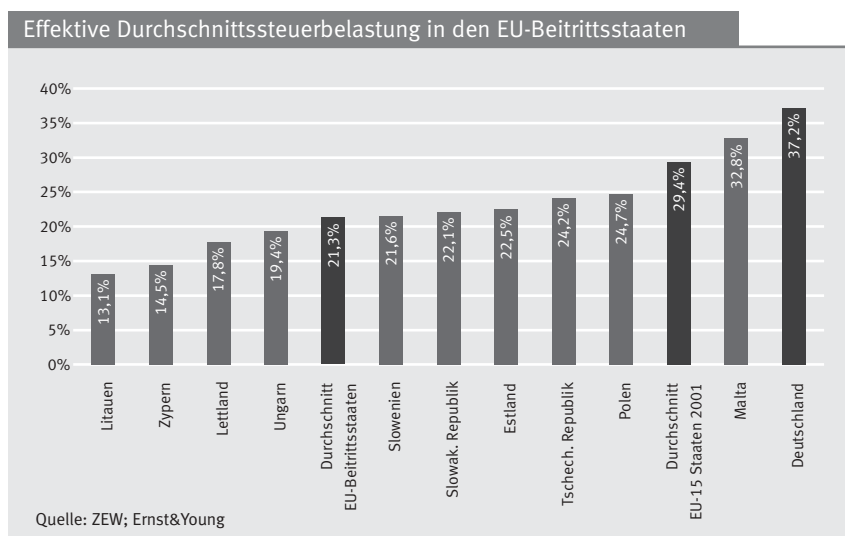


mit Schwerpunkt **Energiemarktreport**

EU-Beitrittsstaaten: Effektive Steuerbelastung geringer als in Deutschland

Die effektive Steuerbelastung für in den EU-Beitrittsstaaten ansässige Unternehmen beträgt im Durchschnitt 21,3 Prozent. Unter Berücksichtigung steuerlicher Investitionsanreize sinkt sie nochmals stark auf durchschnittlich 15,4 Prozent. Sie beläuft sich damit nicht einmal auf die Hälfte der deutschen Effektivsteuerbelastung von 37,2 Prozent. Aus steuerlicher Sicht stellen Litauen, Zypern, Lettland und Ungarn die attraktivsten Standorte dar. Dies zeigt eine Studie, die das ZEW in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst&Young durchgeführt hat.



Die Studie quantifiziert und analysiert erstmals umfassend die effektive Steuerbelastung von Unternehmen in den EU-Beitrittsstaaten und von deutschen Muttergesellschaften, die grenzüberschreitend in den neuen Beitrittsländern über Tochtergesellschaften tätig werden. Die effektive Steuerbelastung wurde auf der Grundlage der international anerkannten Methode nach Devereux und Griffith ermittelt. Die Berechnungen berücksichtigen sämtliche relevanten Steuerarten, denen Kapitalge-

sellschaften mit ihrem Gewinn unterliegen, die tariflichen Steuersätze sowie die Bemessungsgrundlagen der einbezogenen Steuerarten.

Unternehmen in Deutschland unterliegen einer effektiven Steuerbelastung von 37,2 Prozent. Dagegen beträgt die Effektivbelastung für Unternehmen, die in den EU-Beitrittsstaaten ansässig sind, im Durchschnitt lediglich 21,3 Prozent. Sie liegt damit nicht nur signifikant unter dem deutschen Steuerniveau, sondern auch deutlich unter dem Durchschnitt

der derzeitigen EU-15 Staaten (29,4 Prozent im Jahr 2001). Am niedrigsten ist die effektive Steuerbelastung in Litauen (13,1 Prozent), Zypern (14,5 Prozent), Lettland (17,8 Prozent) und Ungarn (19,4 Prozent).

Bei deutschen Muttergesellschaften, die über ausländische Tochtergesellschaften grenzüberschreitend tätig sind, bestimmt sich die Steuerbelastung nicht nur durch ausländische Steuern, sondern bei Ausschüttung zusätzlich durch mögliche Quellensteuern und inländische Steuern. Da gemäß den deutschen Doppelbesteuerungsabkommen ausländische Gewinne von der inländischen Besteuerung freigestellt sind, können auch deutsche Unternehmen von dem erheblich niedrigeren Steuerniveau in den osteuropäischen Beitrittsstaaten profitieren und ihre Effektivbelastung auf durchschnittlich 26,2 Prozent senken. Bei Gründung einer Tochtergesellschaft in der Tschechischen Republik beläuft sich

IN DIESER AUSGABE

EU-Beitrittsstaaten: Effektive Steuerbelastung geringer als in Deutschland	1
ZEW intern	2
Auswirkungen eines französischen Familiensplittings auf Deutschland	3
Dienstleister der Informationsgesellschaft: Gute Konjunktur setzt sich fort	4
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	5
ZEW-Symposium; Termine; Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

die effektive Steuerbelastung der deutschen Mutter auf 31,9 Prozent, in Polen auf 29,8 Prozent, in Ungarn auf 24,9 Prozent und in Litauen auf nur noch 15,4 Prozent. Im Vergleich zur rein nationalen Betrachtungsweise ändert sich die Rangfolge der Länder nicht wesentlich.

Beitrittskandidaten gewähren Steueranreize

Die Beitrittskandidaten gewähren teilweise beachtliche Steueranreize. Werden sie in der Modellrechnung berücksichtigt, sinkt die Effektivbelastung in den EU-Beitrittsstaaten auf durchschnittlich 15,4 Prozent. In Lettland, der Slowakischen Republik und Estland geht sie auf rund 11 Prozent zurück, in Litauen auf 7,2 Prozent. Auf der Ebene der deutschen Muttergesellschaft beträgt die Steuerbelastung bei grenzüberschreitender Tätigkeit unter Berücksichtigung der Steueranreize durchschnittlich 20,1 Prozent.

Allerdings ist zu erwarten, dass die Investitionsanreize im Zuge des EU-Beitritts modifiziert oder abgeschafft werden, sofern sie nicht automatisch auslaufen. Um für Investoren auch weiterhin steuerlich attraktive Standorte zu sein, versuchen daher einige Länder, die Abschaffung der Investitionsanreize durch Tarifsenkungen zu kompensieren. So will die Slowakische Republik den Steuersatz auf 19 Prozent und Lettland auf 15 Prozent mit Wirkung ab dem 1. Januar 2004 senken. Polen plant eine Tarifsenkung auf 19 Prozent, die Tschechische Republik auf 24 Prozent und Ungarn auf 12 Prozent. Erweitert man die Modellrechnungen um die geplanten Tarifsenkungen, liegt die durchschnittliche Steuerbelastung bei 18,4 Prozent auf Ebene der Unternehmen in den EU-Beitrittsstaaten und bei 23,6 Prozent auf der Ebene der deutschen Muttergesellschaft bei grenzüberschreitender Tätigkeit. Aus steuerlicher Sicht gewinnen die Standorte in Osteuropa mit den geplanten Tarifsenkungen daher noch weiter an Attraktivität.

Die vollständige Studie steht als Download unter ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Studie_EU_Tax.pdf im Internet zur Verfügung.

*Martin Finkenzeller,
steuern@bwl.uni-mannheim.de
Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@zew.de*

ZEW INTERN

ZEW-Präsident Franz feierte 60. Geburtstag

ZEW-Präsident Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz feierte am 7. Januar 2004 seinen 60. Geburtstag. 1944 in Nassau/Lahn geboren, studierte er Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und promovierte dort 1974 mit einer Arbeit über Arbeitsmarktanalysen. Es folgten ein Forschungsaufenthalt an der Harvard University und am National Bureau of Economic Research (NBER) in den USA. 1981 habilitierte sich Franz an der Universität Mannheim mit einer Arbeit über Jugendarbeitslosigkeit. Seine weitere akademische Karriere führte ihn an die Universität Mainz und 1984 an die Universität Stuttgart, bevor er 1989 einem Ruf an die Universität Konstanz folgte. Am 1. April 1997

trat er als Wissenschaftlicher Direktor in die Geschäftsführung des ZEW ein. Es gelang ihm, die hohe wissenschaftliche Reputation des Instituts im In- und Ausland zu festigen und das ZEW zu einem gesuchten Gesprächspartner für Politik, Wirtschaft und Verwaltung zu machen.

Neben seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Leiter des ZEW lehrt er Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und ist einer der fünf „Wirtschaftsweisen“ im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die makroökonomische Volkswirtschaftslehre, die Arbeitsmarktforschung und die empirische Wirtschaftsforschung.

PD Dr. Büttner habilitiert

PD Dr. Thiess Büttner, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung, hat sich am 17. Dezember 2003 in der Fakultät für Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim habilitiert und es wurde ihm die Lehrbefugnis für Volkswirtschaftslehre erteilt. Die Habilitationsschrift befasst sich mit ausgewählten Themen des Fiskalföderalismus und der öffentlichen Finanzen untergeordneter Gebietskörperschaften. Das verbindende Element ist die Frage nach der Gestaltung eines dezentralen Staatsaufbaus, in welchem die lokale Ebene in gewissen Grenzen auto-

nom über das Angebot öffentlicher Leistungen und über die Wahl der Finanzierungsinstrumente entscheiden kann. Ein Themenkreis ist die Rolle des Steuerwettbewerbs zwischen Gebietskörperschaften insbesondere in der Unternehmensbesteuerung, wo die Notwendigkeit und die Gestaltung größerer Kooperation oder Harmonisierung kontrovers diskutiert werden. Ein zweiter Themenkreis sind interregionale Transfers, die zwar einige Probleme beseitigen, zugleich aber neue Probleme schaffen, indem sie die Budgetrestriktion der Gebietskörperschaften aufweichen.

Prof. Dr. Spengel in Beirat berufen

Prof. Dr. Christoph Spengel, Professor für Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Universität Gießen, ist am 26. November 2003 von Bundesfinanzminister Hans Eichel in den Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen berufen worden. Der Beirat besteht aus Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlern mit besonderen Fachkenntnissen in der Finanztheorie und Finanzpolitik. Eine

wesentliche Aufgabe des Beirats ist die Erstellung von Gutachten für das Ministerium zu einem breiten Spektrum an wirtschafts-, finanz- und steuerpolitischen Themen. Spengel, einer der ersten wissenschaftlichen Mitarbeiter des ZEW, war von 1991 bis 1995 im Forschungsbereich Unternehmensbesteuerung tätig. Dem ZEW blieb er stets verbunden. Seit seiner Habilitation im Jahr 2002 ist er ständiger Gastprofessor am ZEW.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Französisches Familiensplitting hätte in Deutschland kaum Auswirkungen

Deutschland und Frankreich unterscheiden sich hinsichtlich der Splittingverfahren, anhand derer die Einkommensteuer berechnet wird. Ob dies ein Grund für die höhere Erwerbsbeteiligung französischer Frauen sein könnte, untersucht das ZEW mit einer Simulationsstudie.

Sowohl Deutschland als auch Frankreich verwenden so genannte Splittingverfahren bei der Berechnung der Einkommensteuer. Während jedoch in Deutschland bei der Ermittlung der Einkommensteuer nur die beiden Ehepartner berücksichtigt werden, werden in Frankreich auch Kinder in den Splittingfaktor einbezogen. Beispielsweise wird das gesamte zu versteuernde Einkommen einer vierköpfigen Familie, bestehend aus den Eltern und zwei Kindern, statt wie in Deutschland durch 2 durch den Splittingfaktor 3 ($=1+1+0,5+0,5$) geteilt. Allerdings ist in Frankreich das Kindergeld erheblich geringer als in Deutschland und wird erst ab dem zweiten Kind gezahlt. Zuschläge erhalten nur bedürftige Haushalte.

Die steuerliche Behandlung des Einkommens von Frauen (das meist das Zweiteinkommen eines Haushalts darstellt) im deutschen Ehegattensplitting und im französischen Familiensplitting übt möglicherweise unterschiedliche Anreize auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen aus. Um diese Fragestellung zu untersuchen, hat das ZEW simuliert, wie sich die Einführung eines Familiensplittings in Deutschland auf das Erwerbsverhalten von Frauen auswirken würde (ZEW Discussion Paper No. 03-32). Um geringfügig verdienende Haushalte nicht schlechter zu stellen, wurde dabei ein Sockelbetrag in Höhe des aktuellen Kindergelds festgesetzt. Besonders für verheiratete Mütter interessant sind die möglichen Beschäftigungsanreize einer solchen Reform, die auf den ersten Blick familienfreundlich wirkt, weil zusätzli-



ches Erwerbseinkommen einer geringeren Grenzsteuerbelastung unterliegt. Mit Hilfe eines Mikrosimulationsmodells, das auch Allokations- und Verteilungseffekte innerhalb der einzelnen Haushalte berücksichtigt, und einem gemischten Ansatz aus Schätzung und Kalibrierung werden die Auswirkungen auf die Wohlfahrt und das Arbeitsangebot von Haushalten und einzelnen Haushaltsmitgliedern ermittelt.

Kaum Effekte beim Arbeitsangebot

Das zentrale Ergebnis der Simulationsstudie ist, dass sich die Einführung eines Familiensplittings innerhalb des deutschen Steuer-Transfer-Systems trotz einer dann höheren fiskalischen Belastung nicht merklich auf das Erwerbsverhalten der Haushalte auswirkt. Eine Ausnahme bilden lediglich die sehr wohlhabenden Haushalte. Die errechneten Arbeitsangebotseffekte sind überraschend klein, auch für Frauen. Die Wohlfahrtseffekte sind ebenfalls moderat, unterscheiden sich aber zwischen Frauen und Männern. Ein Übergang vom Ehegattensplitting zum Familiensplitting würde nur das Arbeitsangebot (weiblicher) Hocheinkommensbezieher erkennbar beeinflussen:

Die individuellen Arbeitsstunden stiegen marginal, doch der aggregierte Arbeitsangebotseffekt wäre nahezu Null.

Ein Grund für diese nur sehr kleinen verhaltensbedingten Anpassungen liegt in der bereits im bestehenden System relativ großzügigen Entlastung von Familien durch Kindergeld und Kinderfreibetrag sowie in der geringen Kinderzahl deutscher Familien. Insbesondere besser verdienende Paare haben entweder keine oder nur wenige Kinder. Da aber nach den Simulationsergebnissen Wohlfahrtseffekte nur für kinderreiche Haushalte mit hohem Einkommen zu erwarten sind, ist der Rahmen für Verhaltensänderungen begrenzt. Angesichts der geringen Effekte einer Familiensplitting-Reform muss insbesondere auch der finanzielle Aufwand einer solchen Reform berücksichtigt werden. Wegen der unterschiedlichen Effekte, die für Frauen und Männer ermittelt wurden, untermauert die Studie auch die Notwendigkeit, bei der Analyse von Steuerreformvorschlägen auch die Re-Allokation und Umverteilung innerhalb von Haushalten zu berücksichtigen.

*Dr. Miriam Beblo, beblo@zew.de
Dr. Denis Beninger, beninger@zew.de
Prof. Dr. Francois Laisney, laisney@zew.de*

FORSCHUNGSERGEBNISSE

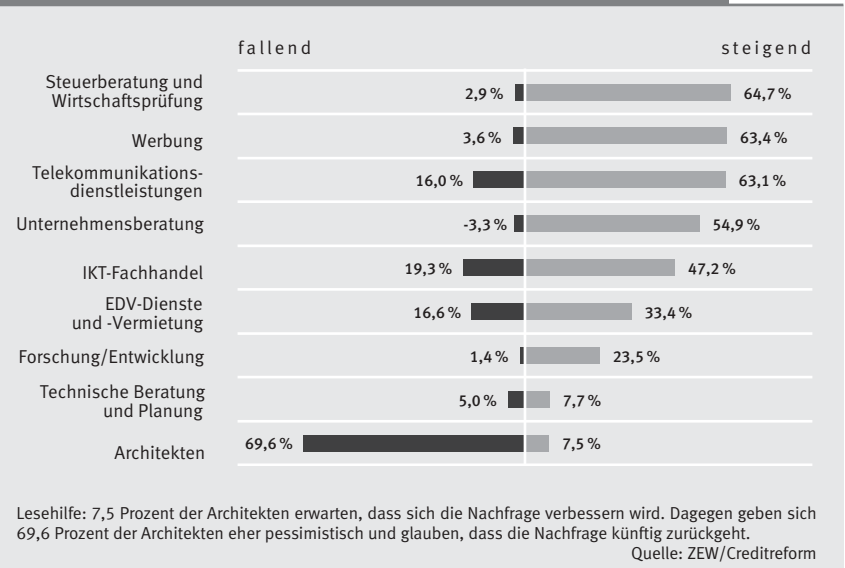
Dienstleister der Informationsgesellschaft: Gute Konjunktur setzt sich fort

Der neue Stimmungsindikator für die Dienstleister der Informationsgesellschaft, der ZEW-IDI, liegt im vierten Quartal 2003 bei 58,4 Punkten. Umsatz und Nachfrage haben sich stabilisiert, und die Unternehmen des Wirtschaftszweigs blicken bezüglich Umsatz, Nachfrage und Ertrag optimistisch in die Zukunft. Eine Besserung der Arbeitsmarktlage im Wirtschaftszweig zeichnet sich jedoch noch nicht ab.

Der neue Stimmungsindikator für die Dienstleister der Informationsgesellschaft basiert auf der Konjunkturumfrage von ZEW und Creditreform in diesem Wirtschaftszweig und setzt sich zusammen aus den Komponenten Umsatzlage, Nachfragemarktlage, Umsatzerwartungen und Nachfrageerwartungen (jeweils im Vergleich zum vorhergehenden beziehungsweise nachfolgenden Quartal). Der Teilindikator, der die Geschäftslage der befragten Unternehmen wiedergibt, liegt im vierten Quartal 2003 bei 52,7 Punkten. Der Wert von etwas mehr als 50 Punkten weist auf eine leichte Expansion der Geschäftsaktivitäten im Vergleich zum Vorquartal hin. Der Teilindikator, der die Geschäftserwartungen der Unternehmen für das erste Quartal 2004 wiedergibt, liegt bei 64,8 Punkten. Die Mehrheit der Unternehmen erwartet, dass die Nachfrage nach ihren Dienstleistungen im ersten Quartal 2004 steigt und dass sich dies positiv auf Umsatz und Ertrag auswirkt.

Dies ist ein Ergebnis der Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW und der Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im November und Dezember 2003 durchgeführt haben. An der Umfrage beteiligten sich rund 1.000 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-

Nachfrageerwartungen der einzelnen Dienstleistungsbranchen



Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung- und Entwicklung sowie Werbung).

Besserung der Arbeitsmarktlage noch nicht in Sicht

Trotz der positiveren Erwartungen der Unternehmen zeichnet sich eine Besserung der Arbeitsmarktlage im Wirtschaftszweig noch nicht ab. Im vierten Quartal 2003 ist der Saldo der positiven und negativen Veränderungen der Beschäftigung weiterhin negativ, und für das erste Quartal 2004 erwarten die Unternehmen im Durchschnitt keine Veränderung ihrer Beschäftigtenanzahl. Solange die Unsicherheit darüber fortbesteht, ob die auflebende Konjunktur in einen nachhaltigen Aufschwung übergehen wird, scheuen die Unternehmen vor Neueinstellungen zurück. Am höchsten war der Umsatzanteil der Unternehmen,

die Personal abgebaut haben, im vierten Quartal 2003 bei Architekten, Werbeagenturen und Telekommunikationsdienstleistern. Die Mehrheit der vom Baugewerbe abhängigen Architekten und technischen Berater und Planer erwartet, dass sie auch in den Wintermonaten Personal entlassen muss.

Die dynamischste Umsatzentwicklung verzeichnen im vierten Quartal 2003 die Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Mehr als die Hälfte des Umsatzes dieser Branche wird von Unternehmen erwirtschaftet, die von im Vergleich zum dritten Quartal 2003 gestiegenen Umsätzen berichten. Die positive Umsatzentwicklung und die Erwartung der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, dass bei ihnen Nachfrage und Umsatz auch im ersten Quartal 2004 steigen werden, hat sich positiv auf die Beschäftigung in dieser Branche ausgewirkt. Auch die EDV-Dienstleister und -Vermieter blicken auf ein positives Schlussquartal 2003 zurück. Die Nachfrage nach IT-Dienstleistungen ist im vierten Quartal im Vergleich zum Vorquartal stark gestiegen.

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

ZEW-Präsident Franz: Jahresgutachten 2003/04 des Sachverständigenrats

Im Rahmen der Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ stellte das Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Präsident des ZEW, Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, im Dezember vergangenen Jahres das Jahresgutachten 2003/04 des Sachverständigenrats vor. Angesichts der knapp fünfhundert Seiten, die das Gutachten umfasse, so der Referent, sei eine Konzentration auf einige besonders wichtige Themen unumgänglich.

Vor dem Hintergrund eines schwachen Potenzialwachstums in Deutschland prognostiziert der Sachverständigenrat für 2004 eine nur langsame Belebung der konjunkturellen Entwicklung. Die Impulse hierzu, so Franz, gingen primär von der anziehenden Weltkonjunktur aus. Die Binnennachfrage dagegen bleibe schwach. Die Prognose des Sachverständigenrats geht davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 um 1,6 v.H. zunehmen wird. Die Arbeitslosigkeit wird nach Ansicht des Sachverständigenrats mit einer Quote von 10,6 v.H. auf einem hohen Niveau verharren. Allerdings wird sich im zweiten Halbjahr 2004 die Lage am Arbeitsmarkt etwas entspannen.

Mit Blick auf die Wirtschaftspolitik erinnerte Franz daran, dass der Sachverständigenrat der Bundesregierung in seinem Gutachten 2002/2003 kein gutes Zeugnis ausgestellt habe. Mit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 14. März 2003, in der dieser die Grundzüge der Agenda 2010 vorstellte, habe sich diese Situation indessen geändert. Seitdem habe die Bundesregierung einen umfangreichen Reformkatalog auf den Weg gebracht und teilweise bereits umgesetzt. Zwar seien nicht alle Reformvorhaben uneingeschränkt positiv zu beurteilen, aber man müsse anerkennen, dass sich etwas bewege.

Sorge bereiten dem Sachverständigenrat derzeit die öffentlichen Finanzen.



Die öffentlichen Haushalte liefen aus dem Ruder, so Franz, und zwar nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Ländern. Bedenklich sei weiter, dass mit einer staatlichen Defizitquote von mehr als 4 v.H. auch im Jahr 2003 die durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt gesetzte Obergrenze von 3 v.H. erheblich überschritten worden sei. Mit Blick auf die andauernde Diskussion um die Reform des Stabilitätspakts sieht Franz nicht im Pakt das Problem, sondern in der Tatsache, dass Deutschland in guten Zeiten nicht ausreichend konsolidiert habe und so in der derzeitigen Stagnationsphase in Konflikt mit der Defizitgrenze gerate.

Handlungsbedarf sieht der Sachverständigenrat bei der Steuerpolitik. So sollte die Unternehmensbesteuerung weiter reduziert werden, denn bezogen

auf die effektiven Steuerbelastungen sei Deutschland immer noch ein Hochsteuerland. Die gegenwärtige Unternehmensbesteuerung verzerre die Investitionsentscheidungen, die Finanzierungsentscheidungen und die Rechtsformwahl. Die Besteuerung der Kapitaleinkommen sei ein heilloses Durcheinander. Der Sachverständigenrat schlägt eine duale Einkommensbesteuerung vor und legt dazu umfangreiche Ausführungen vor.

Sachverständigenrat fordert beschäftigungsfreundlichen Kurs

Eine dringende Aufforderung richten die Sachverständigen angesichts von sechs Millionen offener und verdeckter Arbeitsloser an die Tarifvertragsparteien. Sie sollten auf einen beschäftigungsfreundlichen Kurs einschwenken und bei der Tariflohnentwicklung den Verteilungsspielraum nicht voll ausschöpfen. Ebenfalls erforderlich für eine Verringerung der Arbeitslosigkeit sei eine weitere Spreizung der qualifikatorischen Lohnstruktur insbesondere im Bereich gering qualifizierter Arbeit sowie eine Flexibilisierung des Tarifvertragsrechts. Des Weiteren sollte das Kündigungsschutzrecht weiter modifiziert werden. Beim Arbeitslosengeld I sollten die Anreize zu einer zügigeren Arbeitsaufnahme verstärkt und eine Quersubventionierung der Unternehmen mit unterschiedlichem Entlassungsverhalten durch eine Modifikation des Arbeitgeberbeitrags zur Arbeitslosenversicherung verringert werden. Der Sachverständigenrat schlägt eine weiterführende Reform auch des neuen Arbeitslosengelds II vor, um mehr Beschäftigung im Niedriglohnbereich zu schaffen. Auch beim Kündigungsschutzrecht stellt der Rat weiterführende Überlegungen zur Diskussion.

Gunter Grittmann, grittmann@zew.de

ZEW-SYMPOSIUM

Symposium zu Ehren von Heinz König

Am 20. November 2003 jährte sich der Todestag des wissenschaftlichen Gründungsdirektors des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König. Aus diesem Anlass veranstaltete das ZEW ein wissenschaftliches Symposium, auf dem neue Forschungsergebnisse aus den Gebieten vorgetragen wurden, auf denen König gearbeitet hatte. An dem Symposium nahmen rund 50 Schüler von König und Mitarbeiter des ZEW teil.

Michael Lechner, Universität St. Gallen und ZEW, diskutierte die wissenschaftlichen Annahmen und Überlegungen bei der Entwicklung von SAPS, einem

Softwaretool zur statistisch assistierten Programmselektion. Das Tool – dessen Einsatz in der Schweiz bereits diskutiert wird – soll die Arbeitsberater der Arbeitsämter dabei unterstützen, die Weiterbildungsmaßnahme für einen Arbeitslosen auszuwählen, die am ehesten Gewähr dafür bietet, dass dieser nach Abschluss der Maßnahme wieder eine Beschäftigung findet.

Francois Laisney, Universität Straßburg und ZEW, skizzierte in seinem Vortrag, welche Vorteile die Schätzmethode der indirekten Inferenz bei der Schätzung kollektiver Familien-Arbeitsangebotsmodelle bietet.

Friedhelm Pfeiffer, ZEW, referierte über das Ausmaß und die Konsequenzen von Lohnrigiditäten. Ausgehend von der Feststellung, dass die Unternehmen in Deutschland trotz hoher Arbeitslosigkeit so gut wie nie die Löhne senkten, fragte er nach den exogenen und endogenen Ursachen von tariflichen und nominalen Lohnrigiditäten in Deutschland und stellte ökonomische Modelle zur Abschätzung der Höhe der daraus resultierenden Lohnaufschwemmung vor.

Winfried Pohlmeier, Universität Konstanz und ZEW, besprach die Kausaleffekte von Bildungsrenditen. Ausgehend von der Tatsache, dass Bildungsrenditen individuell verschieden sind, stellte Pohlmeier die Frage, unter welchen Voraussetzungen sich die Heterogenität von Bildungsrenditen schätzen lässt, in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.

Friedrich Heinemann, ZEW, befasste sich mit der Frage, ob die Geldpolitik der EZB tatsächlich völlig unabhängig ist, oder vielleicht doch von nationalen Interessen der Mitglieder des EZB-Rats beeinflusst wird. Im Ergebnis zeigte sich für eine nationale Einflussnahme nur eine schwache Evidenz.

Horst Entorf, TU Darmstadt und ZEW, diskutierte die gegenseitige Kausalität zwischen Aktien- und Wechselkursen. Er betrachtete hierbei die Aktienkursentwicklung von 28 Dax-Unternehmen von 1977 bis 1995. Es zeigte sich eine eher instabile Beziehung zwischen Aktien- und Wechselkursen in Deutschland. Im Schnitt aller untersuchten Unternehmen hat Deutschland als Nettoexporteur aber in aller Regel von einer Schwächung der heimischen Währung profitiert.

Georg Licht, ZEW, diskutierte in seinem Referat die Auswirkungen der technologiespezifischen Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Es zeigte sich, so Licht, dass die öffentliche FuE-Förderung durchaus die FuE-Tätigkeit der Unternehmen stimuliere, und das bei insgesamt eher geringen Mitnahmeeffekten.

Gunter Grittmann, grittmann@zew.de

NEUERSCHEINUNGEN

ZEW Discussion Papers

No. 04-02, Türpitz, Katharina-Maria: The Determinants and Effects of Environmental Product Innovations – An Analysis on the Basis of Case Studies.

No. 04-03, Entorf, Horst; Gösta, Jamin: German Exchange Rate Exposure at DAX and Aggregate Level, International Trade, and the Role of Exchange Rate Adjustment Costs.

No. 04-04, Ammermüller, Andreas: PISA: What Makes the Difference? Explaining the Gap in PISA Test Scores Between Finland and Germany.

No. 04-05, Fitzenberger, Bernd; Spitz, Alexandra: Die Anatomie des Berufswechsels: Eine empirische Bestandsaufnahme auf Basis der BIBB/IAB-Daten 1998/1999.

No. 04-06, Hempell, Thomas; van Leeuwen, George; van der Wiel, Henry: ICT, Innovation and Business Performance in Services: Evidence for Germany and the Netherlands.

No. 04-07, Czarnitzki, Dirk; Kraft, Kornelius: Are Credit Ratings Valuable Information?

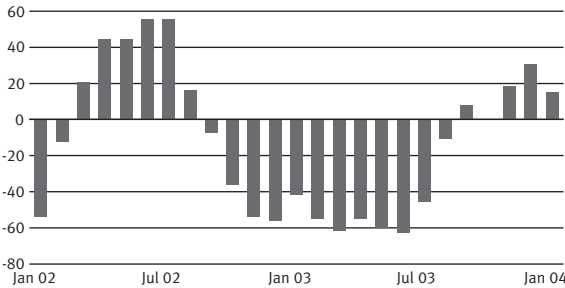
EXPERTENSEMINARE

- 1. 3. 2004 Unternehmensbesteuerung und steuerliche Standortbedingungen im internationalen Vergleich
- 2./3. 3. 2004 Presenting in English
- 4./5. 3. 2004 Mikroökonomie III: Diskrete Entscheidungsmodelle
- 8./9. 3. 2004 Messung, Bewertung und Management von Kreditrisiken
- 11. 3. 2004 Intensiv-Workshop Finanzmarkt-Ökonometrie: Prognosemodelle professionell erstellen
- 18. 3. 2004 Corporate Governance – Trends und Chancen für Management, Aufsichtsrat, Wirtschaftsprüfer (*in Kooperation mit Ernst&Young*)
- 19. 3. 2004 Geistiges Eigentum in öffentlichen Unternehmen – Verwertung von Hochschulpatenten nach dem Fall des Hochschullehrerprivilegs

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de. Wir senden Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Januar

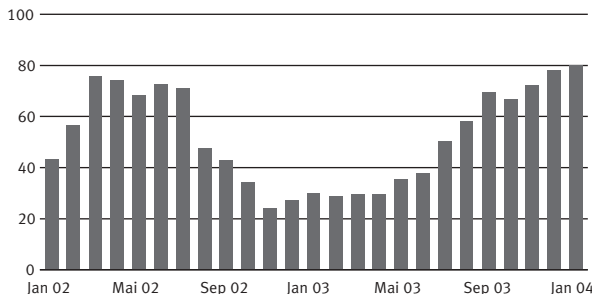


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Geldmarktzinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

US- und Eurozinsserwartungen driften auseinander

Während immer noch eine Mehrheit der Finanzexperten an eine Zinserhöhung der Fed in den kommenden Monaten glaubt, ist dies bei der EZB anders. Seit Dezember, als 31,8 Prozent eine Zinserhöhung der EZB erwarteten, ist diese Quote auf nun 24,2 Prozent gesunken. Die große Mehrheit von 66,7 Prozent setzt nach wie vor auf konstante Euro-Zinsen (Dezember 66,9 Prozent). Deutlichen Zulauf erhält die Minderheitsmeinung, dass die EZB die Zinsen weiter senkt (von 1,3 auf 9,1 Prozent). Dies ist wohl in erster Linie auf die Eurostärke zurückzuführen.

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de



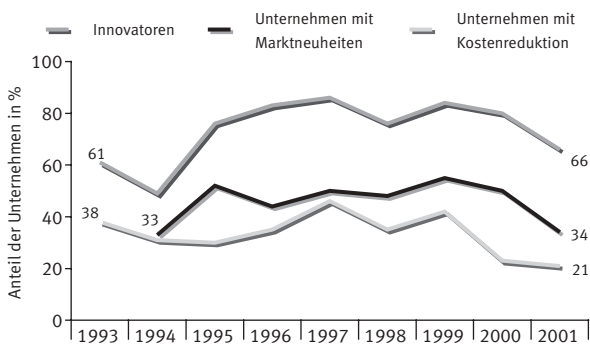
Saldo der positiven und negativen Erwartungen über die Konjunktur im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Konjunktur im Euroraum: Weiterhin Optimismus

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im Januar weiter gestiegen. Nach 78,2 im Dezember erwarten nun 80,1 Prozent der Experten eine Konjunkturverbesserung auf Sicht der nächsten sechs Monate. Die neue Zuversicht dürfte Folge der weltweiten Konjunkturbelebung sein, die im dritten Quartal 2003 bereits für ein positives Wirtschaftswachstum im Euroland sorgte. Bisher wird die Erholung vor allem vom Export getragen. Schon bald sollten aber aus Sicht der Finanzexperten auch der private Konsum stärker wachsen und die Investitionen zulegen.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Weniger innovative Unternehmen in der Optik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik

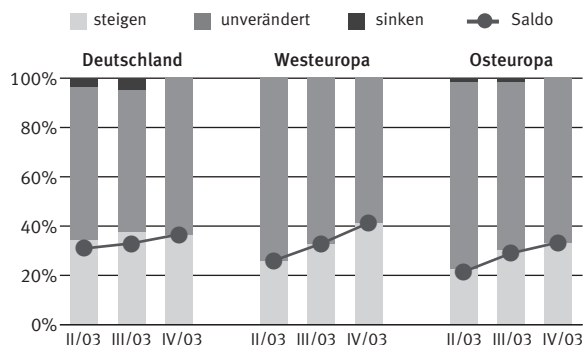


Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, Befragung 2002

In der Optik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik ist der Innovatorenanteil so deutlich zurückgegangen wie noch nie. Zum ersten Mal seit 1994 liegt er mit 66 Prozent wieder unter der 75-Prozent-Marke. Vor allem Marktneuheiten sind für den Rückgang verantwortlich. Während 2000 knapp 50 Prozent der Unternehmen marktneue Produkte einführten, waren es 2001 nur noch 34 Prozent. Dass die Branche aber auch in Zukunft auf Innovationen setzt, zeigt sich an den Innovationsaufwendungen, die um etwa 200 Millionen Euro auf 2,2 Milliarden Euro gestiegen sind.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

Steigen die Transportpreise im kombinierten Verkehr?



Quelle: ZEW

Im vierten Quartal 2003 zeigte der Saldo aus steigenden und sinkenden Einschätzungen für das kommende halbe Jahr im kombinierten Verkehr (kV) eine Preissteigerungsentwicklung. Grund ist, dass 62,5 Prozent der Experten des GLS TransportmarktBarometers von Protrans/ZEW für den Straßengüter-Nahverkehr mit steigenden Preisen rechnen. Der Lkw ist im kostenintensiven Vor- und Nachlauf des kV erforderlich und beeinflusst deshalb auch die Preise im kV. Die absolute Mehrheit der Experten geht allerdings nach wie vor von stabilen Preisen für den kV in Deutschland, West- und Osteuropa aus.

Georg Bühler, buehler@zew.de

STANDPUNKT



Vorträge

Vorträge unterliegen zeitlich einem Wandel, sowohl hinsichtlich ihrer Präsentation als auch der Wortwahl. Die Wissenschaft liefert dafür reiches Anschauungsmaterial.

Traditionelle Formen der Darbietung wurden schon vor mehr als zwei Dekaden durch die Folienmanie bereichert. Der seinerzeit moderne Referent reiste zwar ohne Manuskript an, besaß dafür jedoch einen Satz von rund hundert Folien, an denen er sich während seines Vortrags entlangangelte. Zuerst wurde der Titel des Vortrags aufgelegt, worin eine beträchtliche Unterschätzung der Leistungsfähigkeit des Kurzzeitgedächtnisses des Auditoriums zum Ausdruck kam, weil das Thema vom Moderator zwei Minuten zuvor bereits genannt worden war. Die Auswahl der aufzulegenden Folien erfolgte während des Vortrags unter erkennbarem Nachdenken des Referenten, vorher bestand dazu offenbar keine Gelegenheit. Vielleicht war dies aber der Dramaturgie geschuldet, um die Spannung des Publikums zu erhöhen. Diese wurde mit Hilfe eines „Folien-Striptease“ ins Unermessliche gesteigert, indem der Referent die volle Schönheit der Folie erst Zeile für Zeile durch Verschieben eines Blattes Papier preisgab. Besonders herausfordernd stellten sich Folien mit wahren Monstertabellen dar, deren Inaugenscheinnahme die Zuhörer bereits in der zweiten Reihe um ihre Dioptrienwerte bangen ließ.

Der heutzutage moderne Referent benutzt einen Beamer, es gibt allerdings noch einige Fossile der vorher skizzierten Generation. Meistens funktioniert die Power-Point-Präsentation erst einmal nicht, und Referent wie Veranstalter ist die Nervenbelastung deutlich anzumerken. Zur Belustigung des Publikums zeigt die Leinwand in Form von Icons dann, was der Referent sonst so alles treibt, bis endlich die vorbereitete Präsentation erscheint. Die Erleichterung des Referenten währt indes nicht lange, denn mitunter überspringt die Technik einige Seiten und informiert die Zuhörer schon vorab über Tatbestände, die eigentlich erst später dargeboten werden sollten. Zum Leid-

wesen des Referenten erlischt damit die Spannung, es sei denn, er hält die Anwesenden durch Kunststückchen in Atem. Beliebt sind Kreisflächen – je nach Zeitpunkt des Vortrags mag sich das Publikum darunter einen Kuchen oder eine Pizza vorstellen –, aus denen sich dann wie von Geisterhand gezogen ein Viertel herauschiebt. Offenbar reicht nach Ansicht des Referenten die Vorstellungskraft des Auditoriums nicht aus, um sich einen 25 v. H.-Anteil klar zu machen. Selbstverständlich wechseln die dargestellten Flächen andauernd die Farbe, ein Chamäleon erblasste wohl vor Neid.

Im Gegensatz zum Inhalt des Vortrags kommt der Wortwahl eine große Bedeutung zu. Wichtig sind zentrale Begriffe, auf die das Publikum wartet. Das heißt: Der vorgetragene Ansatz muss „interdisziplinär“ sein, sonst hat der Autor schon verloren. Des Weiteren muss die Denkweise „ganzheitlichen“ Ansprüchen genügen, alles andere erregt den Verdacht einer gewissen Beschränktheit des Wissenschaftlers. Auch müssen die Resultate und Schlussfolgerungen „nachhaltig“ sein, denn wer interessiert sich heutzutage schon für temporäre Erscheinungen. Empfehlenswert ist zudem die Verwendung des Adjektivs „strukturell“, vor allem wenn es auf präzise Begriffe ohnehin nicht ankommt; außerdem lässt der Referent damit der Phantasie der Zuhörer freien Lauf, was von diesen dankbar angenommen wird, da sich jeder unter „strukturell“ etwas anderes vorstellt.

Als verpönt gelten Verstöße gegen die „political correctness“, also beispielsweise der Gebrauch von Wörtern ausschließlich in ihrer maskulinen Form, zumal die deutsche Grammatik etwa in Form einer Substantivierung Auswege bietet („die Studierenden“). Leider geht das nicht immer, aber die Verwendung der Anrede „Freunde und Freundinnen“ birgt das Risiko, dass – je nach Sympathiewerten des oder der Vortragenden – in Teilen des Publikums und in völliger Verkennung der Gegebenheiten die Herzen höher schlagen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2004